

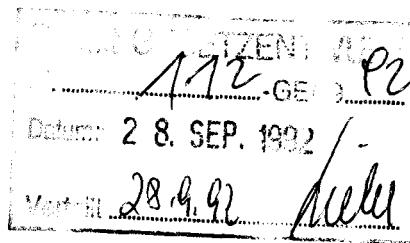


aktiv für Sie

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534

Bundeskammer
für Arbeiter und Angestellte

Präsidium des Nationalrates
Dr-Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien



Prinz-Eugen-Straße 20-22
A-1041 Wien, Postfach 534
Tel. (0222) 501 65

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Durchwahl 2340

Datum

AR-ZB-1311

FAX

21.9.1992

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die
Ministerialverordnung, RGBl.Nr.10/1853,
geändert wird

Stellungnahme

Die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte übersendet 25 Exemplare ihrer
Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zur gefälligen
Information.

Der Präsident:

Der Direktor:

Beilagen



aktiv für Sie

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534

Bundeskammer

für Arbeiter und Angestellte

An das

Bundesministerium für
Justiz

Museumstraße 7
1070 Wien

Prinz-Eugen-Straße 20-22

A-1041 Wien, Postfach 534

• (0222) 50165

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Durchwahl	Datum
17.124/309 -8/92	AR/U1/B/1311	2340 2230	3.9.1992

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem die Ministerialverordnung, RGBl.Nr.10/1853, das Amtshaftungsgesetz, das Finanzstrafgesetz, das Strafrechtliche Entschädigungsgebot, das Datenschutzgesetz, das Mediengesetz, das Kartellgesetz, das Strafvollzugsgesetz und das Bewährungshilfegesetz geändert sowie die niederösterreichischen Umland-Bezirksgerichte Wiens niederösterreichischen Gerichtshöfen zugewiesen werden

Die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte beeindruckt sich mitzuteilen, daß dem angeführten Gesetzentwurf zugestimmt wird. Es wird jedoch vorgeschlagen, das Wort "Kreisgericht" auch im Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz durch das Wort "Landesgericht" zu ersetzen.

Der Präsident:

Der Direktor:
iV

